

Testatsexemplar

**Jahresabschluss zum
31. Dezember 2023
und Lagebericht für
das Geschäftsjahr 2023**

Rheinkalk GmbH
Wülfrath

INHALTSVERZEICHNIS

Bestätigungsvermerk

1. Bilanz zum 31. Dezember 2023
2. Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023
3. Anhang für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023
4. Lagebericht für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023

Allgemeine Auftragsbedingungen

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Rheinkalk GmbH, Wülfrath

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Rheinkalk GmbH – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Rheinkalk GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des Lageberichts:

- die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote).

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen:

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Düsseldorf, 10. Mai 2024

Mazars GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

DocuSigned by:
Heiko Wittig
38EF9B12B6B7447...
Heiko Wittig
Wirtschaftsprüfer

DocuSigned by:
Marianne Leichsenring
04D061D34818472...
Marianne Leichsenring
Wirtschaftsprüferin



Rheinkalk GmbH, Wülfrath

Bilanz zum 31. Dezember 2023 (Vorjahr zum Vergleich)

Aktiva	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.164.615,42	3.167.967,37
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	116.995.468,26	118.542.609,68
2. Technische Anlagen und Maschinen	128.538.533,83	122.830.617,59
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.274.432,84	15.121.656,29
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	17.804.727,45	14.319.207,08
	278.613.162,38	270.814.090,64
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	781.338.505,74	781.338.505,74
2. Beteiligungen	934.119,64	934.119,64
	782.272.625,38	782.272.625,38
	1.064.050.403,18	1.056.254.683,39
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	169.236.266,92	124.470.485,89
2. Fertige Erzeugnisse	21.396.738,58	17.559.417,12
	190.633.005,50	142.029.903,01
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	84.034.850,25	98.742.313,84
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	521.539.946,43	82.423.789,37
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.169.325,50	1.086.604,14
4. Sonstige Vermögensgegenstände	5.044.875,82	4.396.197,44
	611.788.998,00	186.648.904,79
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	47.845,26	117.094,34
	802.469.848,76	328.795.902,14
C. Rechnungsabgrenzungsposten	44.491.207,58	50.992.654,44
	1.911.011.459,52	1.436.043.239,97

Passiva	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	55.000.000,00	55.000.000,00
II. Kapitalrücklage	486.819.745,70	486.819.745,70
III. Gewinnrücklagen Andere Gewinnrücklagen	16.400.668,94	16.400.668,94
	558.220.414,64	558.220.414,64
B. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	127.118.651,00	126.952.661,00
2. Steuerrückstellungen	10.935.000,00	535.100,00
3. Sonstige Rückstellungen	188.780.053,91	144.314.485,98
	326.833.704,91	271.802.246,98
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	72.000.000,00	96.000.000,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	44.062.670,34	53.851.957,60
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	902.791.341,63	449.086.555,48
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.534,00	9.623,10
5. Sonstige Verbindlichkeiten	6.635.141,27	6.601.497,75
davon aus Steuern:		
EUR 3.279.539,91 (Vorjahr: EUR 3.465.066,80)		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit:		
EUR 560.215,83 (Vorjahr: EUR 654.203,92)		
	1.025.492.687,24	605.549.633,93
D. Rechnungsabgrenzungsposten	464.652,73	470.944,42
	1.911.011.459,52	1.436.043.239,97

Rheinkalk GmbH, Wülfrath

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023
(Vorjahr zum Vergleich)

	2023 EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	591.613.595,33	536.416.765,63
2. Erhöhung des Bestands an fertigen Erzeugnissen	4.064.023,33	5.791.364,65
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	199.289,95	147.919,13
4. Gesamtleistung	595.876.908,61	542.356.049,41
5. Sonstige betriebliche Erträge	11.992.598,21	14.464.665,23
davon aus Währungsumrechnung: EUR 9.348,06 (Vorjahr: EUR 4.124,55)		
6. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	200.898.701,44	227.738.372,21
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	48.741.001,69	50.993.971,48
7. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	77.680.755,39	71.944.737,49
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	18.821.086,17	25.315.114,55
davon für Altersversorgung: EUR 4.723.891,76 (Vorjahr: EUR 11.905.645,01)		
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	19.424.397,46	18.462.934,20
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	108.136.732,00	112.761.219,80
davon aus Währungsumrechnung: EUR 22.351,77 (Vorjahr: EUR 25.357,45)		
10. Erträge aus Beteiligungen	4.469.709,17	3.550.437,78
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 3.850.456,11 (Vorjahr: EUR 3.136.498,87)		
11. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	383.907.751,88	3.459.649,46
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.212.846,38	3.830.667,57
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 5.319.106,14 (Vorjahr: EUR 3.472.335,77)		
davon aus Abzinsung: EUR 2.613.926,00 (Vorjahr: EUR 2.963.461,00)		
13. Aufwendungen aus Verlustübernahme	882.876,34	2.655.978,05
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.739.685,83	4.466.972,89
davon an verbundene Unternehmen: EUR 215.190,81 (Vorjahr: EUR 480.845,55)		
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	535.000,00
16. Ergebnis nach Steuern	523.134.577,93	52.787.168,78
17. Sonstige Steuern	10.925.897,48	504.407,37
18. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführter Gewinn (-)	-512.208.680,45	-52.282.761,41
19. Jahresüberschuss	0,00	0,00

Rheinkalk GmbH, Wülfrath

Anhang für das Geschäftsjahr 2023

1. Allgemeine Hinweise

Die Rheinkalk GmbH, Wülfrath, hat ihren Sitz am Kalkstein 1 in Wülfrath. Die Gesellschaft ist im Handelsregister von Wuppertal unter HRB Nr. 13596 eingetragen und ist eine 100%ige Tochter der Rheinkalk Holding GmbH, Wülfrath.

Der vorliegende Jahresabschluss wurde gemäß §§ 242 ff. und 264 ff. des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) sowie nach den einschlägigen Vorschriften des GmbHG aufgestellt. Es geltenden die Vorschriften für große Kapitalgesellschaften.

Zur Verbesserung der Klarheit und Übersichtlichkeit der Darstellung werden alle sich nicht direkt aus den §§ 266 bzw. 275 HGB ergebenden Davon-Vermerke der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung im Anhang dargestellt.

Für die Bilanz wurde die Gliederung gemäß § 266 HGB angewandt. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB) angewandt.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die immateriellen Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bilanziert. Soweit notwendig erfolgen außerplanmäßige Abschreibungen.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Die Herstellungskosten für selbst erstellte Anlagen enthalten neben den Material- und Fertigungseinzelkosten auch angemessene Teile der Material- und Fertigungsgemeinkosten sowie fertigungsbedingte Abschreibungen. Fremdkapitalzinsen werden nicht aktiviert. Abnutzbare Gegenstände werden planmäßig abgeschrieben. Soweit notwendig erfolgen außerplanmäßige Abschreibungen.

Für planmäßige Abschreibungen werden überwiegend folgende Nutzungsdauern zugrunde gelegt:

	Jahre
Entgeltlich erworbene Software	3
Gebäude	20 bis 50
Grundstückseinrichtungen	5 bis 33
Betriebsvorrichtungen	10 bis 25
Technische Anlagen und Maschinen	4 bis 25
Andere Anlagen	5 bis 33
Betriebs- und Geschäftsausstattung	5 bis 20

Für Neuanschaffungen werden die Abschreibungen grundsätzlich linear berechnet. Mineralvorkommen werden nach Substanzverzehr abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis einschließlich EUR 800,00, werden im Jahr des Zugangs vollständig abgeschrieben.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden mit den Anschaffungskosten bilanziert. Niedrigere Werte werden angesetzt, wenn voraussichtlich dauernde Wertminderungen vorliegen.

In den Vorräten werden die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe mit den Anschaffungs- oder niedrigeren Wiederbeschaffungskosten bewertet. Soweit erforderlich werden Abschreibungen für Verwertungsrisiken vorgenommen. Fertige Erzeugnisse werden mit den Herstellungskosten bewertet, die neben den Material- und Fertigungseinzelkosten auch angemessene Teile der Material- und Fertigungsgemeinkosten sowie fertigungsbedingte Abschreibungen enthalten. Ist der voraussichtliche Verkaufserlös abzüglich der bis zum Verkauf noch anfallenden Kosten niedriger, wird dieser Wert angesetzt. Die Ermittlung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten erfolgt im Zuge der konzerneinheitlichen Bewertung auf Basis des gleitenden Durchschnitts. Vertriebs- sowie Veralterungsrisiken sind angemessen berücksichtigt.

Für den Produktionsprozess entgeltlich erworbene CO₂-Emissionsrechte werden unter den Vorräten ausgewiesen. Sie werden zu Anschaffungskosten bewertet. Eine planmäßige Abschreibung findet nicht statt. Soweit erforderlich erfolgt eine Abschreibung auf den niedrigeren Marktwert zum Bilanzstichtag. Unentgeltlich zugeteilte Emissionsrechte werden nicht bilanziert.

Für die Verpflichtung zur Rückgabe von CO₂-Emissionsrechten an die zuständige Behörde wird eine Rückstellung bilanziert, die mit dem Buchwert der entgeltlich erworbenen CO₂-Rechte bewertet wird. Ist ein Teil der Verpflichtung nicht durch vorhandene Rechte gedeckt, erfolgt der Wertansatz dieser zur Erfüllung der Verpflichtung notwendigen Emissionsrechte mit deren Marktpreis am Abschlussstichtag.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bilanziert. Die erkennbaren Risiken sind durch entsprechende Bewertungsabschläge berücksichtigt; dem allgemeinen Ausfallrisiko wird durch Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen.

Liquide Mittel sind zu Nennwerten angesetzt.

Die Rechnungsabgrenzungsposten wurden in Höhe der Ausgaben / Einnahmen des Berichtszeitraumes und der Vorjahre angesetzt, soweit dieser Aufwand / Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.

Die Posten des Eigenkapitals sind zu Nennwerten angesetzt.

Latente Steuern werden für zeitliche Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und den steuerrechtlichen Wertansätzen ermittelt und beim steuerlichen Organträger, der Rheinkalk Holding GmbH, bilanziert.

Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen oder vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen dienen, werden mit den jeweils zugrundeliegenden Verpflichtungen verrechnet. Dabei werden die Vermögensgegenstände zum beizulegenden Zeitwert angesetzt. Übersteigt der beizulegende Zeitwert die jeweilige Verpflichtung, erfolgt der Ausweis als aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung. Ein Verpflichtungsüberhang wird unter den Rückstellungen ausgewiesen.

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen und werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Sonstige Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit fristadäquaten Zinssätzen abgezinst, die von der Deutsche Bundesbank bekannt gegeben worden sind.

Die Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen bzw. Jubiläen erfolgt unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze auf Basis der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck mittels der Projected-Unit-Credit-Methode (PUC-Methode). Dabei wird das Wahlrecht nach § 253 Abs. 2 S. 2 HGB in Anspruch genommen und der pauschal von der Deutsche Bundesbank ermittelte durchschnittliche Marktzinssatz der letzten zehn Jahre, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, verwendet. Danach wurde der Bewertung ein Rechnungszinssatz von 1,83 % p.a. zugrunde gelegt. Weiterhin werden bei der Bemessung der Pensionsverpflichtungen erwartete Rentensteigerungen von 2,2 % p.a. sowie erwartete Einkommenssteigerungen von 2,4 % p.a. berücksichtigt. Bei der Berechnung der Jubiläumsverpflichtungen wird ein Rechnungszins von 1,75 % verwendet und erwartete Einkommenssteigerungen von 2,4 % p. a. berücksichtigt. Sowohl bei der Berechnung der Pensionsrückstellungen als auch der Jubiläumsrückstellungen werden darüber hinaus für Männer 2,8 % und für Frauen 3,5 % als Fluktuationsrate berücksichtigt. Die Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen, die eine Rentenverpflichtung ohne Gegenleistung darstellen, wurden entsprechend § 253 Abs. 1 S. 2 HGB zum Rechnungszins von 1,04 % angesetzt. Weiterhin werden bei der Bemessung der Verpflichtung für Altersteilzeit erwartete Einkommenssteigerungen von 2,4 % p.a. berücksichtigt.

Der Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 S. 3 HGB beträgt TEUR 1.463.

Die Rückstellungen für Rekultivierung und Abbruchverpflichtungen werden turnusmäßig unter Einschaltung eines externen Sachverständigen auf der Basis der prognostizierten Kosten unter Berücksichtigung eines Kostensteigerungstrends, welcher im Wesentlichen durch den Lohnsteigerungstrend beeinflusst wird, ermittelt und durch die Gesellschaft fortentwickelt. Der Kostensteigerungstrend betrug im Geschäftsjahr 2,40 % (Vorjahr: 2,40 %).

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Aufwendungen und Erträge werden unabhängig von Zahlungszeitpunkten im Jahresabschluss berücksichtigt, soweit sie dem Geschäftsjahr zuzuordnen sind.

Forderungen und Verbindlichkeiten in Fremdwährungen werden mit dem Umrechnungskurs bei Rechnungsausstellung erfasst. Zum Bilanzstichtag werden Forderungen und Verbindlichkeiten, deren Restlaufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet. Die übrigen Forderungen werden mit ihrem Umrechnungskurs bei Rechnungsausstellung oder dem höheren Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag, die übrigen Verbindlichkeiten mit ihrem Umrechnungskurs bei Rechnungsausstellung oder dem niedrigeren Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet.

Bei der Umrechnung der in der Aufstellung des Anteilsbesitzes enthaltenen Angaben zum "Eigenkapital" und "Jahresergebnis" wurde der Stichtagskurs zum Abschlussstichtag verwendet.

3. Erläuterung zur Bilanz

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Die Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen ist im Einzelnen im beigefügten Anlagenspiegel (Anlage 1 zum Anhang) dargestellt.

Finanzanlagen

Die Entwicklung der Finanzanlagen ist im Anlagenspiegel (Anlage 1 zum Anhang) dargestellt. Die Angaben nach § 285 Nr. 11 HGB sind in der Aufstellung zum Anteilsbesitz (Anlage 2 zum Anhang) dargestellt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Zu den Forderungen gegen verbundene Unternehmen gehören auch Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 4.872 (Vorjahr: TEUR 6.777). Aus konzerninternen Finanzierungsvorgängen und aus Ergebnisübernahmen stammen TEUR 516.668 (Vorjahr: TEUR 75.647). Forderungen gegen die Gesellschafterin bestehen wie im Vorjahr nicht.

Sämtliche Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Rechnungsabgrenzungsposten

Der Rechnungsabgrenzungsposten für vorausbezahlte Betriebspachtentgelte bis einschließlich 2029 für das Werk Hönnetal beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 27.469 (Vorjahr: TEUR 31.560) und für das Werk Dornap TEUR 16.481 (Vorjahr: TEUR 18.936). Der Ansatz der Rechnungsabgrenzungsposten erfolgt zum Barwert unter Verwendung eines Rechnungszinssatzes von 5,5 % p. a.

Eigenkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft von EUR 55.000.000,00 ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen bestehen im Wesentlichen für Rekultivierungsverpflichtungen (TEUR 55.910; Vorjahr: TEUR 55.023), Abbruchverpflichtungen (TEUR 6.369; Vorjahr: 6.896) und Verpflichtungen aus der Abgabe von CO₂-Zertifikaten für das jeweils abgelaufene Geschäftsjahr (TEUR 96.392; Vorjahr: TEUR 59.147). Die restlichen Rückstellungen sind im Wesentlichen Verpflichtungen aus dem Personalbereich (hier insbesondere für Bonuszahlungen, Jubiläumszuwendungen und Altersteilzeit) sowie zu gewährende Preisnachlässe und Rabatte.

Verbindlichkeiten

Von den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben insgesamt TEUR 880 (Vorjahr: TEUR 1.442) eine Restlaufzeit zwischen einem Jahr und fünf Jahren. Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren bestehen wie im Vorjahr nicht. Alle übrigen Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Zu den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen gehören Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 26.079 (Vorjahr: TEUR 24.589). Darüber hinaus betreffen sie auch konzerninterne Finanzierungsvorgänge und Ergebnisabführungsverpflichtungen bzw. Verbindlichkeiten aus Verlustausgleichsverpflichtungen in Höhe von insgesamt TEUR 876.712 (Vorjahr: TEUR 424.498).

In den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sind Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin in Höhe von TEUR 537.680 (Vorjahr: TEUR 420.385) enthalten.

Die Verbindlichkeiten sind insgesamt unbesichert.

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ist ein Darlehen in Höhe von 72.000.000,00 EUR (Vorjahr: EUR 96.000.000,00) ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben eine Restlaufzeit von 36 Monaten, davon in Höhe von 24.000.000,00 mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

4. Erläuterung zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

	2023 EUR	Vorjahr EUR
Bruttoumsatz Inland	488.372.804,60	441.518.713,89
Bruttoumsatz Ausland	96.500.550,35	85.242.471,26
Bruttoumsatz gewöhnliche Geschäftstätigkeit	584.873.354,95	526.761.185,15
Umsatz aus sonstigen Produkten und Leistungen	10.976.430,66	12.190.070,53
	595.849.758,61	538.951.255,68
Umsatzberichtigungen	-4.236.190,28	-2.534.490,05
	591.613.595,33	536.416.765,63

Eine Aufgliederung der Umsatzerlöse nach Produktarten ergibt folgendes Bild:

	2023 EUR	Vorjahr EUR
Gebrannte Erzeugnisse	384.390.234,40	348.055.299,72
Ungebrannte Erzeugnisse	190.634.204,91	158.548.005,59
Sonstige Erzeugnisse	9.848.915,64	20.157.879,84
Sonstige Produkte und Leistungen	10.976.430,66	12.190.070,53
	595.849.785,61	538.951.255,68
Umsatzberichtigungen	-4.236.190,28	-2.534.490,05
	591.613.595,33	536.416.765,63

Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Erträge aus der Endabrechnung von Co2-Zertifikaten in Höhe von TEUR 2.061 (Vorjahr: TEUR 9.311), der Auflösung von sonstigen Rückstellungen in Höhe von TEUR 5.413 (Vorjahr: TEUR 1.689), der Auflösung von Wertberichtigungen in Höhe von TEUR 1.136 (Vorjahr: TEUR 0), Erträge aus erhaltenen Gutschriften aus der Energiepreisbremse in Höhe von TEUR 3.950 (Vorjahr TEUR 0), Erträge aus Versicherungsentschädigungen in Höhe von TEUR 174 (Vorjahr: TEUR 299), Gewinne aus dem Abgang von Anlagevermögen von TEUR 58 (Vorjahr: TEUR 17) und diverse sonstige Erträge enthalten.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen handelt sich im Wesentlichen um Frachtkosten in Höhe von TEUR 25.778 (Vorjahr: TEUR 31.422), die Zuführung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 3.109 (Vorjahr: TEUR 16.248) sowie Verkaufs- und Verwaltungskosten in Höhe von TEUR 16.761 (Vorjahr: TEUR 13.038).

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Der Posten enthält in Höhe von TEUR 3.109 (Vorjahr: TEUR 2.847) Aufwendungen aus der Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen.

Sonstige Steuern

Die sonstigen Steuern beinhalten einen Aufwand in Höhe von TEUR 10.400 für eine Rückstellung für künftige Grunderwerbssteuerverpflichtungen.

Aufwendungen aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags

Aufgrund des mit der Rheinkalk Holding GmbH bestehenden Gewinnabführungsvertrags wird ein Gewinn von TEUR 512.209 abgeführt.

5. Sonstigen Angaben**Haftungsverhältnisse/Sonstige finanzielle Verpflichtungen**

Es besteht eine gesamtschuldnerische Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für Verbindlichkeiten von verbundenen Unternehmen im Zusammenhang mit der Vereinbarung über ein automatisches Cash-Management-System. Aufgrund der gegenwärtigen Liquiditätssituation sowie der geplanten Erträge der in das Cash-Management-System einbezogenen verbundenen Unternehmen rechnen wir nicht mit einer Inanspruchnahme.

Zum 31. Dezember 2023 bestehen Verbindlichkeiten aus Bürgschaften in Höhe von TEUR 16.881.

Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen bestehen in Höhe von TEUR 8.985.

Das Bestellobligo für Investitionsvorhaben beläuft sich auf TEUR 22.783 (Vorjahr: TEUR 10.119).

Mitarbeiter

	2023 Anzahl	Vorjahr Anzahl
Gewerbliche Arbeitnehmer	608	607
Angestellte	441	427
	<u>1.049</u>	<u>1.034</u>

Aufsichtsrat

Mitglieder des Aufsichtsrats sind:

Anteilseigner-Vertreter:

Joachim Rumstadt, Essen (Vorsitzender)

Prof. Reinhardt Hassa, Cottbus (Stellv. Vorsitzender), Lehrbeauftragter der Hochschule Zittau/Görlitz

Hans Stribos, Belgien, bis 30.04.2022 Senior Vice-President Commercial Lhoist Europe

Egbert Tölle, Lünen, Mitglied des Vorstands der Remondis AG & Co. KG

Cedric de Vicq, Belgien, Chief Executive Officer (CEO) Lhoist Europe

Arbeitnehmer-Vertreter:

Silvia Dörr, Wülfrath, freigestellte Betriebsratsvorsitzende Hauptverwaltung

Markus Kordes, Menden, freigestellter Betriebsratsvorsitzender Hönnetal

Roland Schmidt, Wülfrath, freigestellter Betriebsratsvorsitzender Flandersbach

Geschäftsführung

Thomas Perterer, Düsseldorf Vice President & Managing Director der Rheinkalk GmbH
(bis 7. Dezember 2023)

Alexia Spieler, Mönchengladbach Vice President & Managing Director der Rheinkalk GmbH
(ab 7. Dezember 2023)

Die Geschäftsführung übt ihre Tätigkeit hauptberuflich aus.

Bezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Bezüglich der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird von der Schutzklausel nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht. Die Gesamtbezüge früherer Mitglieder der Geschäftsführung und ihrer Hinterbliebenen belaufen sich auf TEUR 768 (Vorjahr: TEUR 805).

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern der Geschäftsführung und ihren Hinterbliebenen sind TEUR 14.566 (Vorjahr: TEUR 14.228) zurückgestellt.

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsrats belaufen sich im Geschäftsjahr auf TEUR 150 (Vorjahr: TEUR 150).

Angabe des Honorars des Abschlussprüfers

Auf die Angabe zum Honorar des Abschlussprüfers gemäß § 285 Nr. 17 HGB wird verzichtet, da diese in den Konzernabschluss der Lhoist S.A., Limelette (Belgien) einfließt.

Konzernverhältnisse

Die Rheinkalk GmbH ist von der Verpflichtung einen Konzernabschluss gemäß § 291 HGB befreit.

Die Lhoist S.A., Limelette (Belgien), als Mutterunternehmen stellt den Konzernabschluss für den kleinsten und größten Kreis von Unternehmen der Lhoist Gruppe auf. Der Jahresabschluss der Rheinkalk GmbH, Wülfrath, wird über die Rheinkalk Holding GmbH, Wülfrath, in den Konzernabschluss der Lhoist S.A., Limelette (Belgien), einbezogen. Dieser Konzernabschluss wird im Bundesanzeiger unter HRB 13897 (Amtsgericht Wuppertal) der Rheinkalk Holding GmbH, Wülfrath, in deutscher Sprache offengelegt.

Die Rheinkalk GmbH, Wülfrath macht Gebrauch von der Befreiung nach § 341s Abs. 2 HGB, da sie in den Konzernzahlungsbericht der Financière de Gestions Internationales S.C.A, Luxembourg einbezogen wird. Diese Gesellschaft wird beim Amtsgericht 2080 Luxembourg unter der Registre de commerce et des sociétés-Nummer B 99.452 geführt und reicht ihre Jahresabschlüsse und entsprechende Berichte beim Handels- und Unternehmensregister (Registre de Commerce et des Sociétés/RCS) ein. Diese Informationen werden dann im Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, veröffentlicht, das als offizielles Veröffentlichungsorgan des Großherzogtums Luxemburg fungiert.

Der konsolidierte Jahresabschluss der Lhoist Gruppe wird von der Gesellschaft Lhoist S.A. in Übereinstimmung mit dem belgischen Gesellschaftsgesetzbuch (Code des Sociétés) und dem Königlichen Erlass zu dessen Ausführungen vom 30. Januar 2001 aufgestellt. Sofern diese Normenkreise zu bestimmten Bilanzierungs- und Bewertungsfragen keine Regelungen treffen, werden die IAS/IFRS als Auslegungsregelungen herangezogen. Es ergeben sich folgende wesentliche Unterschiede:

Forderungen/Sonstige Vermögenswerte/Derivate

In der Gesellschaft werden Forderungen pauschal in Höhe von 1 % des nicht einzelwertberichtigten Nettoforderungsbestands wertberichtet. Im Konzernabschluss der Lhoist S.A. werden Pauschalwertberichtigungen dann gebildet, wenn nachweisbare Erfahrungswerte vorliegen bzw. soweit mit Ausfällen wahrscheinlich zu rechnen ist. Derivate werden im Konzernabschluss mit ihren beizulegenden Zeitwerten gemäß IAS 39 aktiviert.

Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen

Abweichend zum Konzern liegt der Bewertung der Pensionsrückstellungen für handelsrechtliche Zwecke ein Rechnungszinssatz von 1,83 % p.a. (Konzernabschluss: 3,20 % p.a.) zugrunde.

Sonstige Rückstellungen

Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden im Jahresabschluss der Gesellschaft mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden von der Deutsche Bundesbank herausgegebenen Zinssatz abgezinst. Im Konzern wird ein einheitlicher Abzinsungssatz von 3,20 % verwendet.

Entsprechend ist die Rheinkalk GmbH von der Erstellung eines Konzernabschlusses sowie Konzernlageberichts befreit.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten und weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch in der Bilanz berücksichtigt sind, liegen nicht vor.

Wülfrath, den 31. März 2024

Rheinkalk GmbH
- Die Geschäftsführung –

DocuSigned by:

837789481F3E43B...
Alexia Spieler

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2023

	Bruttobuchwerte				kumulierte Abschreibungen				Nettobuchwerte		
	Stand am 1.1.2023 EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen EUR	Abgänge EUR	Stand am 31.12.2023 EUR	Stand am 1.1.2023 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Stand am 31.12.2023 EUR	Stand am 31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	4.209.307,47	192.181,41	124.307,10	82.239,05	4.443.556,93	1.041.340,10	319.840,46	82.239,05	1.278.941,51	3.164.615,42	3.167.967,37
	6.363.236,73	192.181,41	124.307,10	82.239,05	6.597.486,19	3.195.269,36	319.840,46	82.239,05	3.432.870,77	3.164.615,42	3.167.967,37
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	246.173.529,41	1.379.756,33	905.931,16	177.038,76	248.282.178,14	127.630.919,73	3.832.828,91	177.038,76	131.286.709,88	116.995.468,26	118.542.609,68
2. Technische Anlagen und Maschinen	637.487.055,80	7.086.823,82	9.109.125,22	359.623,08	653.323.381,76	514.656.438,21	10.488.032,80	359.623,08	524.784.847,93	128.538.533,83	122.830.617,59
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	81.664.556,80	3.810.690,64	1.125.781,20	3.505.479,08	83.095.549,56	66.542.900,51	4.783.695,29	3.505.479,08	67.821.116,72	15.274.432,84	15.121.656,29
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	14.319.207,08	14.750.665,05	- 11.265.144,68	0,00	17.804.727,45	0,00	0,00	0,00	0,00	17.804.727,45	14.319.207,08
	979.644.349,09	27.027.935,84	- 124.307,10	4.042.140,92	1.002.505.836,91	708.830.258,45	19.104.557,00	4.042.140,92	723.892.674,53	278.613.162,38	270.814.090,64
III. Finanzanlagen											
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	788.615.505,74	0,00	0,00	0,00	788.615.505,74	7.277.000,00	0,00	0,00	7.277.000,00	781.338.505,74	781.338.505,74
2. Beteiligungen	952.014,85	0,00	0,00	0,00	952.014,85	17.895,21	0,00	0,00	17.895,21	934.119,64	934.119,64
	789.567.520,59	0,00	0,00	0,00	789.567.520,59	7.294.895,21	0,00	0,00	7.294.895,21	782.272.625,38	782.272.625,38
	1.775.575.106,41	27.220.117,25	0,00	4.124.379,97	1.798.670.843,69	719.320.423,02	19.424.397,46	4.124.379,97	734.620.440,51	1.064.050.403,18	1.056.254.683,39

Rheinkalk GmbH, Wülfrath

Anteilsbesitz zum 31. Dezember 2023

Die nachstehende Aufstellung über den Anteilsbesitz der Rheinkalk GmbH entspricht § 285 Nr. 11 i.V.m. § 286 Abs. 3 Nr. 1 HGB. Bei Gewinnabführungsverträgen und Beschlüssen über Verlustausgleiche sind die Ergebnisse vor Abführung angegeben. Die Angaben lauten jeweils auf Tausend Währungseinheiten in Euro. Die Angabe in der Spalte Währung betrifft die dem jeweiligen Jahresabschluss zugrunde liegende originäre Währung.

Name und Sitz	Eigenkapital	Ergebnis	Währung	betrifft Geschäfts- jahr	Anteil am Kapital %
Rheinkalk Grevenbrück GmbH, Lennestadt-Grevenbrück	13.057	-883 ^{a)}	EUR	2023	100,00
Rheinkalk Beteiligungs GmbH, Wülfrath	254.105	383.908 ^{a)}	EUR	2023	100,00
AWA-Institut Gesellschaft für angewandte Wasserchemie mbH, Pelm	131	-79 ^{a)}	EUR	2023	100,00
Kalksteinwerk Medenbach GmbH, Breitscheid	4.145 ^{b)}	2.581 ^{b)}	EUR	2023	50,00
Walhalla Kalk GmbH & Co. KG, Regensburg	23.760	11.187	EUR	2023	79,913

a) Es besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag, das angegebene Ergebnis stellt das Ergebnis vor Ergebnisabführung dar.

b) Gemäß vorläufigem noch nicht testiertem Abschluss

Es existieren über die Rheinkalk Beteiligungs GmbH die folgenden indirekten Beteiligungen:

	Eigenkapital ^{a)}	Ergebnis ^{a)}	originäre Währung	betrifft Geschäftsjahr	Anteil am Kapital %
1.) Lhoist Nederland B.V., Rotterdam/Niederlande	137.564	26.263	EUR	2023	28,80
2.) Lhoist Bukowa Sp. z o.o., Krasocin/Polen (A)	28.417	5.191	PLN	2023	79,71
3.) Zakłady Wapiennicze Lhoist S.A., Tarnów Opolski/Polen (A)	43.881	13.479	PLN	2023	100,00
4.) Lhoist UK Ltd, Hindlow Buxton/Großbritannien (A)	29.723	6.791	GBP	2023	99,99
5.) Steetley Dolomite Limited, Nottinghamshire/Großbritannien (B)	38.790	7.752	GBP	2023	100,00
6.) Vapenka Certovy Schody a.s., Tman u Beroun/Tschechien (A)	30.407	10.825	CZK	2023	72,00
7.) Velkolom Certov Schody a.s., Tman u Beroun/Tschechien (C)	7.721	184	CZK	2023	50,00
8.) Lhodol s.r.o, Rajec/Tschechien (C)	5.927	1.175	EUR	2023	100,00
9.) Joma, spol. s.r.o., Rajec/Tschechien (C)	348	-8	EUR	2023	53,0
10.) Dolkam Suja a.s., spol. s.r.o., Rajec/Tschechien (C)	11.871	495	RUB	2023	62,71
11.) Kalk en Dolomiet Maatschappij S.A., Luxemburg/Luxemburg (G)	1.043.941	453.081	EUR	2023	85,08
12.) LNA Holding, Ottignies-Louvainla-Neuve/Belgien (D)	1.346.724	301.965	USD	2023	100,00
13.) KDM Holding Inc., Wilmington/USA (E)	-328.978	361.194	USD	2023	100,00
14.) Lhoist North America, Carson City/USA (F)	0	304.059	USD	2023	100,00
15.) Labtar Przedsiębiorstwo, Tarnow; Polen (G)	2.179	242	PLN	2023	42,88

^{a)} Die Angaben beziehen sich jeweils auf die für Zwecke der Aufstellung des Konzernabschlusses der Lhoist S.A. nach IFRS erstellte interne Berichterstattung.

- (A) bedeutet gehalten von 1.)
 (B) bedeutet gehalten von 4.)
 (C) bedeutet gehalten von 6.)
 (D) bedeutet gehalten von 11.)
 (E) bedeutet gehalten von 12.)
 (F) bedeutet gehalten von 13.)
 (G) bedeutet gehalten von 3.)

Rheinkalk GmbH, Wülfrath**Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023**

Inhaltsverzeichnis

I.	Grundlagen des Unternehmens	2
I.1.	Gesellschaftsstruktur	2
I.2.	Mission	2
I.3.	Strategie und Nachhaltigkeit	3
I.4.	Steuerungssystem	4
I.5.	Forschung und Entwicklung	4
II.	Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen	5
II.1.	Globale Wirtschaftliche Entwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr	5
II.2.	Wirtschaftliche Entwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr in Deutschland	6
II.3.	Entwicklung der Branche im abgelaufenen Geschäftsjahr	6
II.4.	Entwicklung des eigenen Unternehmens im abgelaufenen Geschäftsjahr	8
II.4.1.	Absatz	8
II.4.2.	Produktion	9
II.4.3.	Investitionen	10
II.4.4.	Beschaffung	12
II.4.5.	Mitarbeiter	12
III.	Lage des Unternehmens	13
III.1.	Ertragslage	13
III.2.	Finanzlage	14
III.3.	Vermögenslage	14
IV.	Abschließende Lagebeurteilung	15
IV.1.	Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren	15
IV.2.	Risikomanagement	16
IV.3.	Planung & zukünftige Entwicklung	17
IV.3.1.	Strategie	17
IV.3.2.	Ausblick	18
IV.3.3.	Chancen & Risiken	18
IV.3.4.	Erklärung zur Unternehmensführung	21

I. Grundlagen des Unternehmens

I.1. Gesellschaftsstruktur

Die Rheinkalk GmbH mit Sitz in Wülfrath ist im Handelsregister B des Amtsgerichts Wuppertal unter HRB 13596 eingetragen.

Der Gegenstand der Gesellschaft ist:

- die Gewinnung bzw. Weiterverarbeitung von Kalk- und Dolomitstein sowie deren Vertrieb im deutschsprachigen Raum,
- der Vertrieb von technischen Hilfsmitteln und Untersuchungsgeräten sowie die chemische und technische Beratung beim Einsatz der oben genannten Produkte sowie die Erarbeitung, der Erwerb und die Verwertung einschlägiger Verfahren,
- der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen.

Die Rheinkalk GmbH ist eine 100 % Tochtergesellschaft der Rheinkalk Holding GmbH, die wiederum zu 100 % der Konzernobergesellschaft „Financière de Gestions Internationales“ in Luxembourg untergeordnet ist. Letztlich werden diese Gesellschaften nach IFRS zur Lhoist Gruppe, einem weltweit tätigen Marktführer in der Kalk- und Kalksteinproduktion mit Hauptsitz in Belgien konsolidiert.

Zugleich ist die Rheinkalk GmbH die Obergesellschaft aller operativ tätigen Unternehmen und Werke der Lhoist Gruppe in Deutschland (Lhoist Germany) und hält mittelbar 100 % an der Rheinkalk Beteiligungs-GmbH.

Die Rheinkalk GmbH und deren Tochtergesellschaften betreiben insgesamt 11 Produktionsstandorte sowie 2 Terminals mit ca. 1.127 Mitarbeitern (Vollzeitäquivalent), darunter auch das größte europäische Kalkwerk „Werk Flandersbach“ welches nahe dem Firmensitz und der Hauptverwaltung in Wülfrath gelegen ist.

Die Erzeugnisse der Rheinkalk GmbH kommen in der Eisen- und Stahlproduktion, der Umwelt, der Chemischen Industrie, der Bauwirtschaft, der Wasser- & Abwasserbehandlung als auch der Land- & Forstwirtschaft zum Einsatz.

I.2. Mission

Rheinkalk GmbH steht für Tradition und Innovation. So verbinden wir jahrhundertelange Erfahrung mit modernen Abbau-, Produktions- und Rekultivierungstechnologien. Unseren Kunden bieten wir die qualitativ besten und hochwertigsten Produkte für ihre spezifischen Anforderungen – unterstützt durch ein maßgeschneidertes Dienstleistungspaket. Damit stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Kunden und der weiterverarbeitenden Industrie und nehmen einen nicht zu ersetzenden Platz in den Wertschöpfungsketten verschiedenster Branchen ein.

I.3. Strategie und Nachhaltigkeit

Als eigentümergeführtes Familienunternehmen ist die Lhoist Gruppe und alle ihre Tochtergesellschaften seit Generationen einem nachhaltigen Wirtschaften verpflichtet. Unsere Nachhaltigkeitsschwerpunkte fußen auf den drei Säulen: **PEOPLE** | **PLANET** | **PROFIT** und sind durch folgende Kernaspekte geprägt:

- **People**
 - Förderung der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, lebenslanges Lernen und Etablierung einer langfristigen Nachfolgeplanung
 - Schaffung eines Arbeitsumfeldes geprägt von unserem Wertekanon Respekt, Mut und Integrität
 - Aufbau & Pflege von Netzwerken zu unseren Stakeholdern
- **Planet**
 - Verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen, vor allem hinsichtlich Wasser- und Reservenverbrauch
 - Entwicklung und Umsetzung von Energieeffizienz-Programmen
 - Reduzierung unserer Emissionen
- **Profit**
 - Kundenzufriedenheit als wichtigster Maßstab für nachhaltig erfolgreiches Wirtschaften
 - Stärkung der Kreislaufwirtschaft
 - Innovation bei Produkten, Anwendungen und Dienstleistungen

Basierend auf diesen Grundlagen leiten wir unser kurz-, mittel- und langfristiges Geschäftsmodell ab.

Eine besondere Rolle innerhalb unserer Nachhaltigkeitsschwerpunkte kommt unseren CO₂-Emissionen zu. Als Unternehmen einer CO₂ intensiven Industrie sind wir uns unserer Verantwortung für Mensch, Umwelt und Kunden sehr bewusst. Aus diesem Grund gehen wir das Thema der Reduktion von CO₂-Emissionen offensiv an und tragen damit auch dem Wunsch unserer Kunden nach klimaneutralen Produkten Rechnung. Den ersten Schritt auf diesem Weg haben wir bereits getan. Unter der Leitmarke LEVEL|BLUE® können unsere Kunden Kalkprodukte mit einem positiven Beitrag zum Klimaschutz erwerben. Die CO₂-Neutralität des LEVEL|BLUE-Produktportfolios erreichen wir durch Maßnahmen der Vermeidung und Verringerung von Emissionen und darüber hinaus durch Investitionen in zertifizierte internationale Klimaschutzprojekte, die den noch verbleibenden CO₂-Fußabdruck kompensieren. Produkte aus dem LEVEL|BLUE®-Portfolio werden bereits von über 840 Rheinkalk-Kunden bezogen.

Seit der zweiten Jahreshälfte 2023 gehen wir unseren Weg, mit unseren neuen Produkten der Marke LEVEL|GREEN®, konsequent weiter. LEVEL|GREEN® Produkte haben einen rund 80 % verringerten CO₂-Fussabdruck und werden in den zukünftigen Anlagen zur CO₂-Abscheidung und Speicherung (CCS) hergestellt. Erste Kunden haben bereits Interesse signalisiert.



I.4. Steuerungssystem

Die Lhoist Gruppe verfolgt mit dem mehrstufig aufgebauten betriebswirtschaftlichen Steuerungssystem einen wertorientierten Ansatz. Neben der strategischen ist vor allem die operative Steuerung von Bedeutung. Hierzu werden für die Lhoist Gruppe und somit auch für die Rheinkalk GmbH die Leistungsindikatoren für Planungsszenarien und für den konsolidierten Jahresabschluss auf Basis der IFRS – Rechnungslegung (International Financial Reporting Standard) berechnet, berichtet und analysiert.

I.5. Forschung und Entwicklung

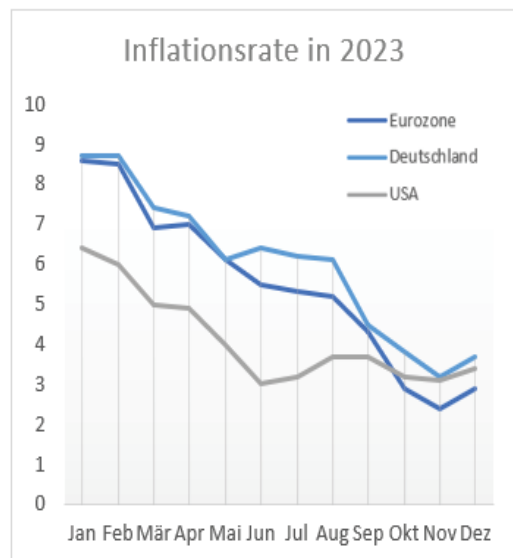
Wesentliche Aufgaben im Bereich Forschung und Entwicklung werden gemeinsam mit der Obergesellschaft „Financière de Gestions Internationales“ und mit Schwestergesellschaften im Konzernverbund wahrgenommen, um alle Synergien und das konzernweite Know-how nutzen zu können.

II. Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

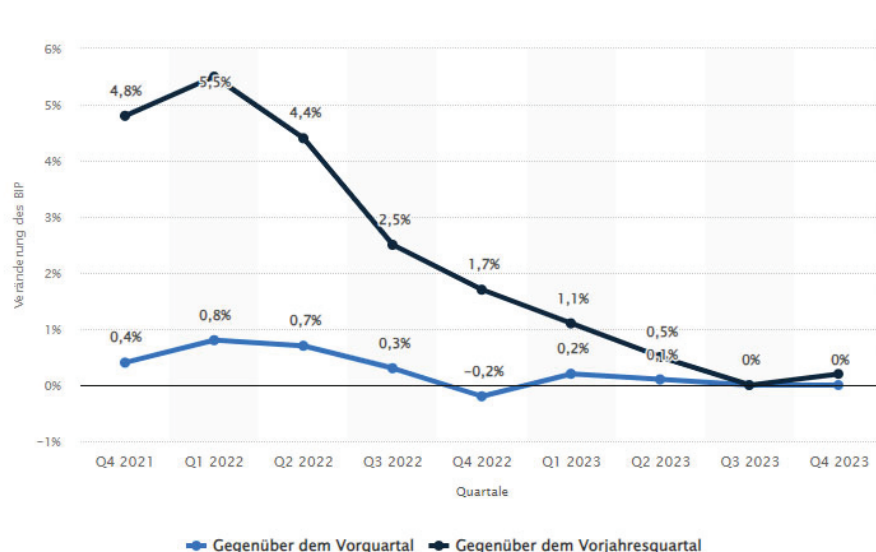
II.1. Globale Wirtschaftliche Entwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr

Die Weltwirtschaft entwickelte sich 2023 angesichts des Inflationsschocks und der massiven Straffung der Geldpolitik mit einem Wachstum von + 3,1 % zwar solide, blieb jedoch unterhalb des Vorjahreswachstums (+ 3,4 %). Die zuvor genannten Einflussfaktoren wirkten sich negativ auf den weltweiten Handel aus. Dennoch hatte die Industrieproduktion im Sommer leicht angezogen. Auf Jahressicht wurde dann die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) zu Jahresbeginn erwartete Wachstumsrate von + 2,9 % um 0,2 Prozentpunkte übertroffen.

Auch in Europa hatte die Wirtschaft im Laufe des Jahres 2023 mit negativen Einflussfaktoren zu kämpfen. Während die aufgrund der hohen Lebenshaltungskosten negative Reallohnentwicklung zu einer schwächeren Konsumnachfrage der privaten Haushalte führte, verlor die Industriekonjunktur aufgrund des Energiepreisschocks des Vorjahres weiterhin an Dynamik. Etwas Entlastung bot zumindest die Entwicklung der Inflationsrate, welche sich im Jahresverlauf stetig abschwächte und im November mit 2,4 % ihren Tiefpunkt erreichte. Sie lag zum Jahresende somit nur mehr knapp über dem Zielwert der Europäischen Zentralbank (EZB). Die Wirksamkeit und Folgen der eingeleiteten und noch einzuleitenden Maßnahmen sind Gegenstand ständiger unternehmensinterner Analysen.



Im vierten Quartal 2023 stieg das saisonbereinigte BIP im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal in der EU um 0,2 %, nach einem Wachstum von 0,1 % im Vorquartal. Ersten Schätzungen zu Folge betrug die Jahreswachstumsrate für 2023, basierend auf saison- und kalenderbereinigten Quartalsdaten, in der EU + 0,4 %. In 2022 lag dieser Wert noch bei + 3,4 %.



II.2. Wirtschaftliche Entwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr in Deutschland

In Deutschland kam die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2023 im nach wie vor krisengeprägten Umfeld ins Stocken, sodass sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemäß dem statistischen Bundesamt um - 0,3 % verringerte. Auch wenn die Inflation in den letzten Monaten des Jahres nachhaltig zurückgegangen ist, dämpfte das weiterhin hohe Preisniveau die Konjunktur auf allen Wirtschaftsstufen. Erschwerte Finanzierungsbedingungen aufgrund von steigenden Zinsen sowie eine allgemein sinkende Nachfrage aus dem In- und Ausland setzten der deutschen Wirtschaft zu.

Während die meisten Dienstleistungsbereiche ihre wirtschaftlichen Aktivitäten ausweiten konnten, wurden die Industrieproduktion und das Baugewerbe durch die oben genannten Effekte negativ beeinflusst. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, sank die Wirtschaftsleistung im produzierenden Gewerbe im Vorjahresvergleich deutlich um - 2,0 % ab. Die Bauindustrie verzeichnete sogar ein rückläufiges Wachstum von - 5,3 %, was insbesondere auf den Wohnungsbausektor (- 11,0 %) zurückzuführen war.

II.3. Entwicklung der Branche im abgelaufenen Geschäftsjahr

Mit einem Absatzrückgang von fast fünf Prozent war bereits 2022 kein gutes Jahr für die Kalkindustrie. 2023 wurde ein Rückgang von - 14,8 % bei den gebrannten und - 21,4 % bei ungebrannten Produkten verzeichnet. Zwar sinken Inflation und Energiekosten im Jahresverlauf wieder, bleiben aber dennoch deutlich über dem langjährigen Durchschnittsniveau.

Die Kalkindustrie hat in allen Quartalen 2023 eine negative Entwicklung der Absatzzahlen für gebrannte Produkte aufgewiesen. Lediglich im vierten Quartal reduzierten sich die Rückläufe etwas. Den geringsten Abschlag verzeichnet der Absatzmarkt Industrie mit “nur“ - 6,1 %: Die Stahlindustrie zeigte sich 2023 mit einem Rückgang von - 2,4 % als robusteste Branche, wohingegen die chemische Industrie im Trend aller energieintensiven Industrie rund - 20,0 % verbuchte. Insgesamt wurden lediglich 4,81 Millionen Tonnen Branntkalk abgesetzt.

Der Zinsanstieg führte 2023 fast zu einem Erliegen der Bautätigkeiten. Neugenehmigungen gingen teils um über - 60 % zurück. Das zeigt sich auch im Absatz von Branntkalk im Baugewerbe (- 22,9 %) und der Baustoffindustrie (- 28,7 %). Kalk in Umwelthanwendungen wurden ebenfalls überdurchschnittlich weniger nachgefragt. Hier lag der Rückgang, insbesondere durch die sinkende Kohleverstromung, bei - 17,8 %. Auch die Land-, Forst- und Teichwirtschaft sowie der Export liegen mit - 24,5 % und - 18,5 % deutlich unter den Tiefstwerten von 2022.

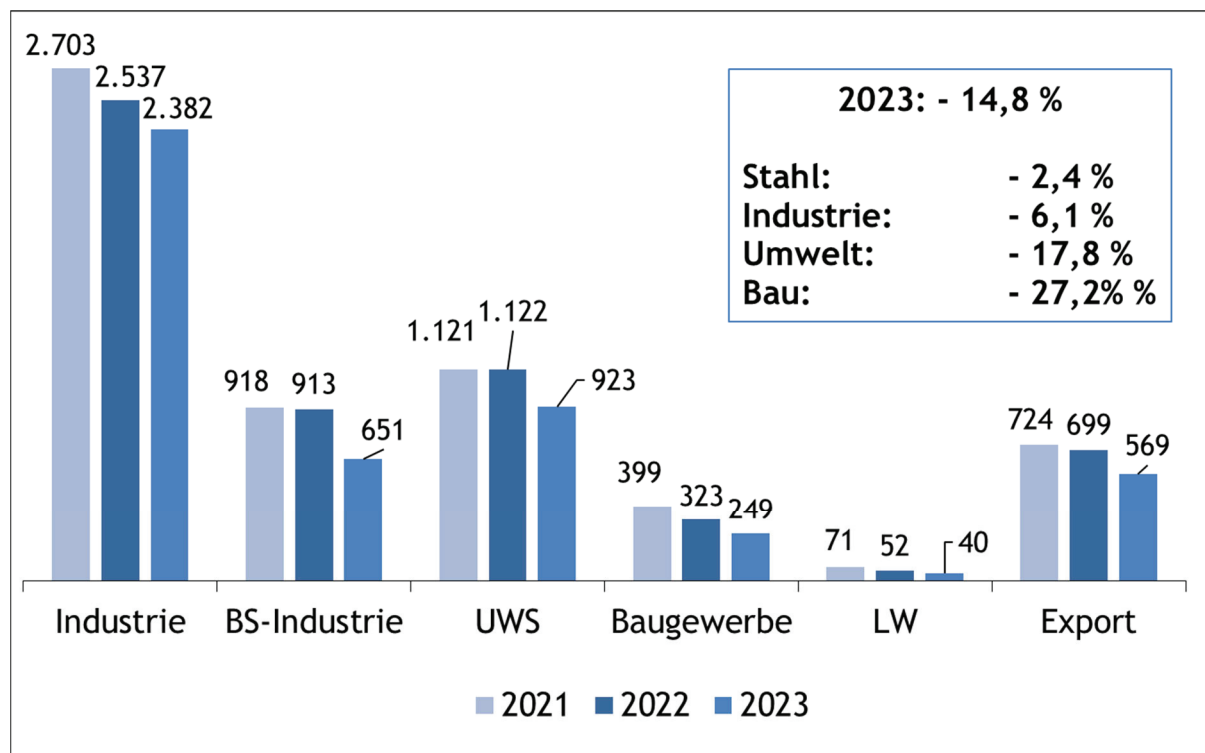


Schaubild des Bundesverbandes Kalk (Wirtschaft – Kalkmarkt 2023) - Absatz gebrannte Erzeugnisse in 1.000 t

Beim Absatz von ungebrannten Produkten fällt der Rückgang noch höher aus. Statt 17,3 Millionen Tonnen wurden 2023 nur noch 13,6 Millionen Tonnen ungebrannte Kalkprodukte abgesetzt. Das ist ein Minus von 21,4 %. Die prozentuale Verteilung der Rückgänge ist ähnlich wie bei den gebrannten Produkten. Während die Industrie mit - 8,9 % ein hohes einstelliges Minus verzeichnet, liegen bis auf den Export alle anderen Bereiche zwischen - 21,0 % (Baugewerbe) und - 37,9 % (Baustoffindustrie).

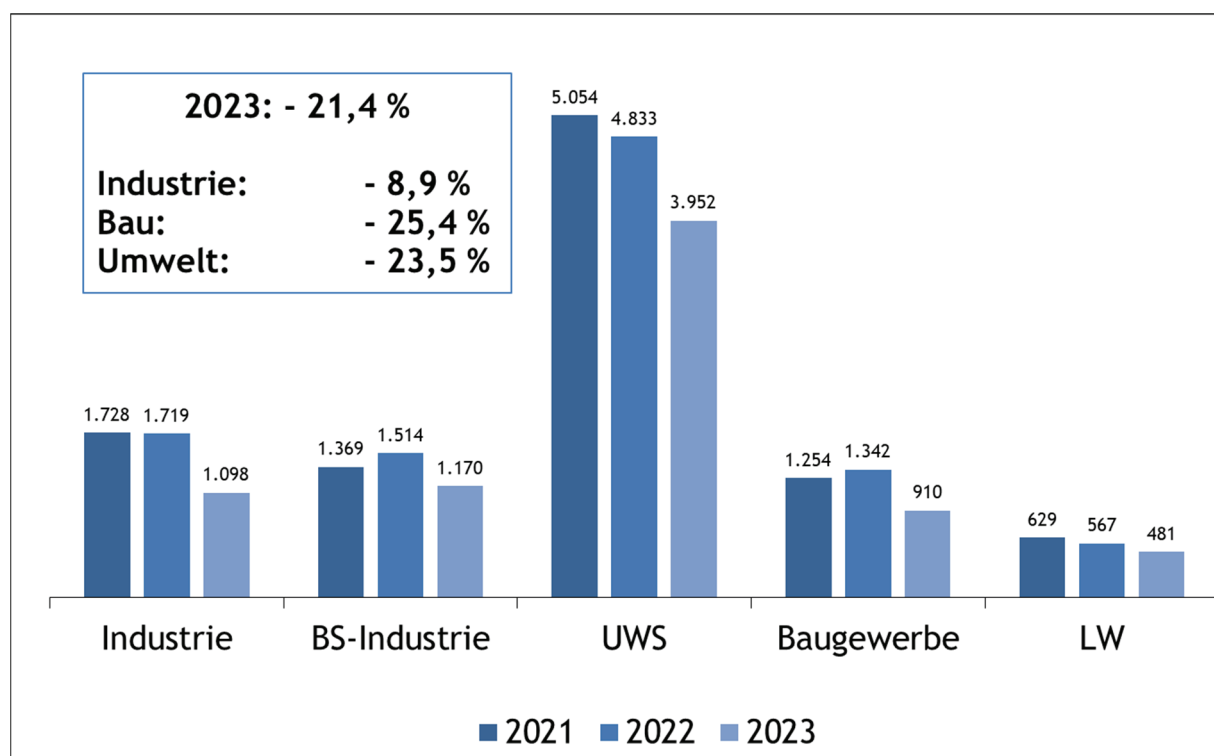


Schaubild des Bundesverbandes Kalk (Wirtschaft – Kalkmarkt 2023) - Absatz ungebrannte Erzeugnisse in 1.000 t

II.4. Entwicklung des eigenen Unternehmens im abgelaufenen Geschäftsjahr

Die Hauptabnehmergruppen der Rheinkalk GmbH sind die Stahlindustrie, die chemische Industrie, der Umweltschutz sowie die Bauwirtschaft. Die Absatzbereiche Stahlindustrie und Chemieindustrie zeichnen sich zunehmend durch Überkapazitäten aus. Der Bereich Umweltschutz ist stark durch regulatorische Eingriffe geprägt, mit dem Ziel die Stromgewinnung aus Nuklearkraft zu eliminieren, die CO₂-intensive Stromgewinnung aus fossilen Brennstoffen zu reduzieren und dementsprechend die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu fördern und zu steigern. Darüber hinaus wurde dieser Absatzbereich in 2023 von einem signifikant sinkenden Energiebedarf getroffen, welcher ursächlich der niedrigen Wirtschaftsaktivität zuzuschreiben ist. Die Bauwirtschaft in Deutschland war im Jahr 2023 durch die Folgen des Krieges in der Ukraine, den steigenden Energiepreisen und Bauzinsen sowie der zunehmenden Inflation geprägt. Dies wirkte sich auf die Investitionen, Bauprojekte und damit die gesamte Branche aus. Die Auswirkungen zeigen sich insbesondere in den Baugenehmigungen. Im Jahr 2023 wurden in Deutschland rund 214.100 Baugenehmigungen für Wohnungen erteilt, was einem Rückgang von fast 30 % gegenüber 2022 entspricht.

Im Jahr 2023 lagen die Absatzmengen für gebrannte Produkte unter denen des Vorjahres (- 13,5 %). Begründet war dies durch geringere Absätze (Umweltschutz -28,5 %, Baustoffindustrie -28,1 %, Straßenbau -21,0 %, chemische Industrie -16,3 %). Lediglich die Absätze in der Stahlindustrie lagen auf Vorjahresniveau. Die unterschiedliche Entwicklung der Absatzmengen in den Hauptabsatzmärkten der Rheinkalk GmbH wird nachfolgend dargestellt.

Die Nettoumsatzerlöse der Rheinkalk GmbH sind gegenüber dem Vorjahr um + 14,4 % gestiegen.

II.4.1. Absatz

Absatzmarkt Stahl:

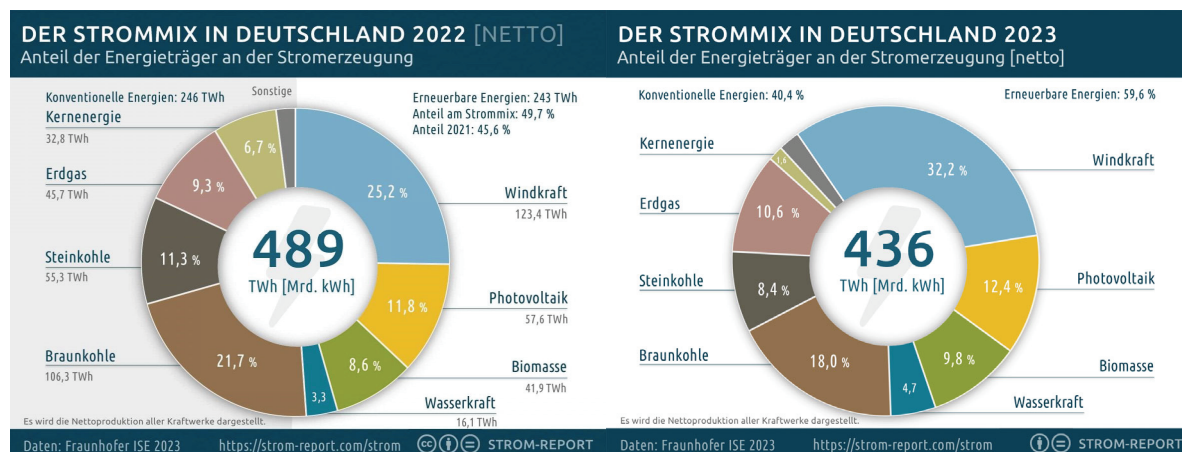
Die Stahlindustrie hat einen Anteil an den Gesamtabatzmengen der Rheinkalk GmbH von 56,7 % bei den gebrannten und 29,3 % bei den mineralischen Produkten. Damit ist diese Industrie der mit Abstand größte Marktbereich bei der Rheinkalk GmbH und die Stahlkonjunktur von entsprechender Bedeutung für die Gesamtsituation des Unternehmens. Im Jahr 2023 wurden in Deutschland mit 35,4 Mio. t Rohstahl rund - 3,9 % weniger hergestellt als im Vorjahr. Das ist das niedrigste Produktionsvolumen seit der Finanzmarktkrise 2009. Die Absätze bei den gebrannten Produkten der Rheinkalk GmbH im Bereich Stahl lagen aber nur leicht unter denen des Vorjahres (- 1,3 %). Bei den ungebrannten Produkten waren es im Vorjahresvergleich - 3,8 %.

Absatzmarkt Baugewerbe und Baustoffindustrie:

Die Absätze in diesem Marktsegment werden hauptsächlich durch den Wohnungsbau und durch den Straßenbau beeinflusst. Die Absätze gebrannter Produkte in diesem Marktsegment lagen aufgrund der eingebrochenen Bautätigkeit deutlich unter Vorjahresniveau, wobei der Bereich Hochbau (- 28,1 %) stärker betroffen war als der Bereich Straßenbau (- 21,0 %). Bei ungebrannten Produkten sanken die Absatzvolumina um – 10,2 % gegenüber dem Vorjahr.

Absatzmarkt Umweltschutz:

Der Bereich Umweltschutz umfasst insbesondere die Belieferung von Kohlekraftwerken mit Kalk und kalkstämmigen Produkten zur Luftreinhaltung. Deshalb ist dieser Absatzmarkt maßgeblich abhängig von der Bruttostromerzeugung in Deutschland und deren Aufteilung auf die einzelnen Energieträger.



Im Jahr 2023 war infolge der nachlassenden Industrieproduktion ein allgemeiner Rückgang der Stromerzeugung um -10,8 % zu verzeichnen. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung lag mit 59,6 % über dem Wert des Vorjahres (49,7 %). Der Anteil an Kernenergie sank von 6,7 % auf 1,6 %. Durch die Abschaltung der letzten Atomkraftwerke in Deutschland zum 15.04.2023 beträgt der Anteil am deutschen Strommix zukünftig 0 %. Der Anteil der Kohleenergie sank von 33,0 % auf 26,4 %. Die Absätze der Rheinkalk GmbH in dem Bereich Umweltschutz lagen damit einhergehend spürbar unter denen des Vorjahres (- 28,2 %).

II.4.2. Produktion

Die oben beschriebenen Entwicklungen auf der Absatzseite spiegelten sich zwangsläufig auch in den Produktionsleistungen der Werke wider. Je nach Ausrichtung des werksspezifischen Produktportfolios waren die einzelnen Standorte in unterschiedlicher Ausprägung betroffen. Zudem wurden Produktionsvolumen in das Werk Flandersbach verlagert, um dort die notwendige CO₂ Quote zu erreichen

Im Werk Flandersbach, dem größten Werk der Rheinkalk GmbH, blieben im Jahr 2023 die Absatzmengen an gebrannten Produkten hinter dem Vorjahr zurück (-6,7 %). Die Produktionsmenge von ofenfalldem Kalk wurde entsprechend um -6,9 % gegenüber dem Vorjahr angepasst (2023: 1,34 Mio.t; 2022: 1,44 Mio.t).

Bei den ungebrannten Produkten (Steinmehle, Sande und Splitte) reduzierte sich die Absatzmenge von 3,0 Mio. t auf 2,7 Mio. t. Insgesamt trat in diesem Segment ein Rückgang von -12,1 % im Berichtsjahr im Vergleich zur Vorjahresperiode auf. Bei den gebrannten Produkten wie auch bei den ungebrannten Produkten stellten diese Produktionsmengen eine gute Werksauslastung dar.

Das Werk Hönnetal, zweitgrößtes Werk der Rheinkalk GmbH, konnte im Jahr 2023 die Absatzmengen des Vorjahres bei den gebrannten Produkten nicht erreichen. Im Gesamtjahr sank die Kalkproduktion um -16,8 %, was ursächlich auf Absatzrückgänge in den Segmenten Umweltschutz, Straßenbau und

Intercompany zurückzuführen ist. Entsprechend rückläufig war die Auslastung der in Betrieb befindlichen Brennaggregate.

Nach Abschaltung der Öfen Ende Januar 2022 konnte das Werk Messinghausen seinen Gesamtabsatz nicht auf Vorjahresniveau halten. Durch den Wegfall der Branntkalkproduktion beschränkte sich der Absatz an gebrannten Produkten auf den Verkauf von Hydrat, so dass der Absatz im Vergleich zu dem Vorjahr um -28,3 % zurückging. Der Absatz an qualitativ hochwertigen getrockneten Kalksteinmehlen und Kalksteinkörnungen blieb ebenfalls unter Vorjahresniveau (-17,0 %).

Rückgänge bei Bauwirtschaft und Stahlindustrie (insbesondere bei Elektrostahlwerken) sowie interne Produktionsverlagerungen von Istein nach Flandersbach zur Erreichung der CO₂-Quote im Werk Flandersbach reduzierten das Volumen der gebrannten Produkte im Werk Istein merklich gegenüber dem Vorjahr (-49,4 %). Im Segment der ungebrannten Produkte blieben die Mengen ebenfalls hinter dem Jahr 2022 zurück (-24,7 %).

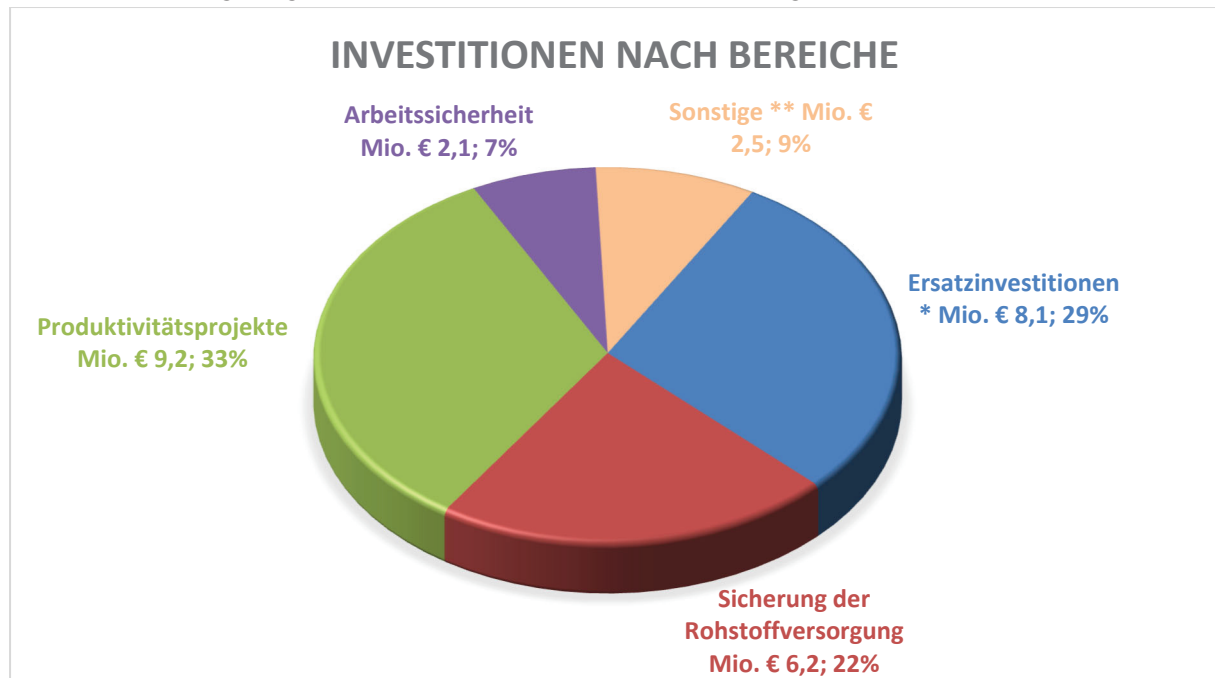
Das Werk Rheine konnte bei ungebrannten Produkten Kalksteinmehl und Mergel die Vorjahresmengen nicht halten (-18,4 %). Insbesondere konnte der Absatz von Spezialprodukten für die Wasseraufbereitung nach dem Produktionsstart im Jahr 2022 weiter ausgebaut werden.

Im Werk Scharzfeld wird eisenarmer Dolomitstein abgebaut. Die drei dolomitischen Hauptprodukte Glassand, Füller und Düngekalk konnten die Absatzmengen im Vergleich zum Vorjahr nicht erreichen (-8,2 %). Der Spezialbereich der Schmelzsalze lag beim Absatz unter dem Vorjahr. Die genannten Schmelzsalze sind eine Besonderheit innerhalb der Rheinkalkproduktpalette. Diese hochwertigen wasserfreien Flussmittel werden unter dem Markennamen EMGESAL® FLUX zur Veredelung und Verbesserung der Qualität von Magnesium und Aluminium entwickelt und weltweit vermarktet.

II.4.3. Investitionen

Im Jahr 2023 lagen die Gesamtinvestitionen bei Mio. EUR 28,1 und somit über dem Investitionsniveau des Vorjahres. Maßgeblich wurde das Investitionsvolumen getrieben durch erforderliche Investitionen in den Erhalt und die Nachhaltigkeit unserer Produktionsanlagen, in die langfristige Sicherung unserer Rohstoffreserven und in die Produktivität unserer Produktionsanlagen.

Die im Jahr 2023 getätigten Investitionen verteilen sich auf die folgenden Bereiche:



* zur Sicherstellung der Anlagenverfügbarkeit

** z.B. Umweltschutz, Qualitätswesen, IT, Mobiles Equipment

Das größte Einzelprojekt im Jahr 2023 war die Sekundärbrennstoffanlage in Flandersbach mit Investitionen in Höhe von Mio. EUR 5,7. Das Projekt wurde im Jahr 2022 begonnen und die Gesamtkosten sollen Mio. EUR 13,7 betragen. Investitionen in den Bereichen der Energieeffizienz, der CO₂-Reduzierung und CO₂-Abscheidung werden die Schwerpunktthemen für die kommenden Geschäftsjahre werden. Weitere Mio. EUR 2,4 wurden für den Kauf eines Grundstücks investiert.

Weiterhin ist die Fortführung des Projektes der Entwässerung im Steinbruch Rohdenhaus Nord mit Ausgaben in 2023 von Mio. EUR 0,7 und die Erneuerung sowie der Ausbau der Trinkwasserleitung im Werk Flandersbach mit Ausgaben in 2023 von Mio. EUR 0,7 zu nennen.

Auch in den anderen Werken wurde weiter in die Produktivität investiert. Als größeres Projekt, welches im Jahr 2023 erfolgreich in Betrieb genommen wurde, kann hier die Installation eines Hochleistungssichters in der Walzenschüsselmühle in Messinghausen angeführt werden. Von dem gesamten Investitionsvolumen dieses Projektes in Höhe von Mio. EUR 0,8 wurden im Jahr 2023 Mio. EUR 0,7 ausgegeben.

II.4.4. Beschaffung

Nachdem das Jahr 2022 von hoher Unsicherheit und Volatilität geprägt war, zeigte sich vor allem im letzten Quartal im Jahr 2023 eine deutliche Entspannung an den Energiemärkten in Europa und Deutschland. Grund hierfür ist ein Nachfrageeinbruch um ca. 20 % bei den wichtigsten Energieträgern Strom und Gas. Dies ist konjunkturell bedingt und wurde gleichzeitig von einem milden Winter noch gestützt. Aufgrund der beginnenden wirtschaftlichen Rezession in Deutschland gaben daraufhin auch die Preise für CO₂ Zertifikate merklich nach, fielen im Jahresverlauf zeitweise unter 70 €/tCO₂ und bewegen sich momentan in einem Korridor von 50 €/tCO₂ - 60 €/tCO₂. Insgesamt besteht bei den Strompreisen und auch bei den Gaspreisen seit Anfang des 4. Quartals ein stabiler Abwärtstrend. Dementsprechend sank der Materialaufwand, bestehend aus der Summe der Aufwendungen für Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe und den Aufwendungen für bezogene Leistungen, absolut betrachtet leicht gegenüber dem Vorjahr um -10,4 % auf Mio. EUR 249,6. Die Materialquote ist ebenfalls im Berichtszeitraum mit 42,2 % der Umsatzerlöse (Vorjahr 51,4 %) gesunken.

Die Rheinkalk GmbH folgte auch im Jahr 2023 einem risikoaversen Hedgingansatz in Bezug auf Energie. Generell war der Markt im Jahr 2023 bei allen Produkten und Dienstleistungen wesentlich ausbalancierter als zuvor, zum Ende des Jahres konnte man auch trotz der allgemeinen persistenten Preissteigerung wieder von einem Käufermarkt sprechen. Ein Kernthema des nächsten Jahres wird daher die Umkehrung der Preissteigerungen bei unseren Lieferanten sein. Des Weiteren bleibt die Flexibilisierung unseres Brennstoffeinsatzes aktuell. Treibende Motivation dahinter ist die Absenkung unserer CO₂-Emissionen durch die zunehmende Substitution der derzeit noch überwiegend eingesetzten Braunkohle. Die Versorgung auf dem Markt ist ausreichend gewährleistet.

II.4.5. Mitarbeiter

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 waren in der Rheinkalk GmbH 1.127 Mitarbeiter (Vollzeitäquivalent) beschäftigt, die sich wie folgt zusammensetzen:

Anzahl:	<u>Vorjahr</u>	<u>2023</u>
Angestellte	419	442
Gewerbliche	596	603
Auszubildende & Trainees	86	82
	1.101	1.127

Die Entgelttarifabschlüsse 2023 enthalten eine Erhöhung der Entgelt- und Ausbildungssätze gemäß der folgenden Tabelle:

Betrieb	Laufzeit	Erhöhung um %
Rheinkalk GmbH Standort Wülfrath Werke Hönnetal, Messinghausen	01.05.2023-30.04.2024	5,9
Werk Scharzfeld	01.06.2023-31.12.2023	2,5
Werk Hagen-Halden	01.08.2023-31.05.2024	200 € pauschal
Werk Rheine	01.06.2023-31.12.2023	3,8
Werk Istein	01.07.2023-30.06.2024	5,9

Die Gehaltserhöhung im AT-Bereich im Jahr 2023 betrug durchschnittlich 4,03 %.

Per 31. Dezember 2023 befanden sich 68 Auszubildende, 12 duale Studenten und 5 Trainees (Anzahl Personen) bundesweit in der Ausbildung:

	Ausbildungsstandorte				Σ
Ausbildungsberufe	FLA/WUL	HON	MES	IST	
Chemielaborant/in					0
Elektroniker/in für Betriebstechnik	17	7		2	26
Industriemechaniker/in	18	8	1	4	31
Fachkraft für Metalltechnik					0
Industriekaufmann/-frau	10				10
Kaufmann/-frau für Büromanagement					0
Winzer/in					0
Kfz-Mechatroniker NFZ					0
Dualer Student DHBW Maschinenbau					0
Verbundstudent/in Maschinenbau		1			1
KIA-Student/in Maschinenbau	7				7
KIA-Student/in E-Technik	4				4
Trainees	5				5
Σ	61	16	1	6	84

III. Lage des Unternehmens

III.1. Ertragslage

Das Jahresergebnis nach Steuern betrug im Jahr 2023 Mio. EUR 512,2 (Vorjahr: Mio. EUR 52,3) und wurde aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrags an die Muttergesellschaft Rheinkalk Holding GmbH, Wülfrath, abgeführt.

Als wesentliche Kenngröße für das operative Ergebnis der Rheinkalk GmbH wird neben dem Umsatz das EBITDA herangezogen, welches insbesondere für Planungen in konsolidierter Form Anwendung findet. Das EBITDA (auf HGB-Basis berechnet) betrug im Jahr 2023 Mio. EUR 153,6 (Vorjahr: Mio. EUR 68,1) und lag daher um + 125,6 % über dem Vorjahr. Der Anstieg resultierte im Wesentlichen aus zum Vorjahr höheren Umsatzerlösen (Mio. EUR. + 55,2) sowie um Mio. EUR - 29,1 geringere Materialaufwendungen. Verstärkt wurde dieser Anstieg durch zum Vorjahr gesunkene sonstige betriebliche Aufwendungen (Mio. EUR - 4,6).

Die Unterschiede der Rechnungslegung zwischen HGB und IFRS wirken sich bei der Rheinkalk GmbH im Jahr 2023 im Wesentlichen beim Ansatz von Instandhaltungsaufwendungen, Rückstellungen von Pensions- und Rekultivierungsverpflichtungen, der Bewertung von CO₂-Zertifikaten und den Verrechnungen zwischen der Rheinkalk GmbH und deren Mutterunternehmen Rheinkalk Holding GmbH aus. Verglichen mit den auf IFRS ermittelten Planansätzen (Budget 2023) konnte im Umsatz mit Mio. EUR

+ 20,7 eine erhebliche Steigerung verzeichnet werden, so dass auch beim EBITDA nach IFRS eine Steigerung von Mio. EUR + 58,2 verzeichnet werden konnte.

III.2. Finanzlage

Die Rheinkalk GmbH fungiert als abrechnungstechnische Führungsgesellschaft innerhalb des Cash-Pools der Rheinkalk Gruppe. Danach werden die laufenden Bankkonten der einbezogenen Gesellschaften täglich ausgeglichen und dem Konto der Rheinkalk GmbH gutgeschrieben bzw. belastet. Der Saldo wird im Wege der Verrechnung (Tagesgelder) unter der Berücksichtigung marktüblicher Verzinsung ausgeglichen. Der Saldo aller Gesellschaften der Rheinkalk Gruppe wird zeitgleich im Rahmen des konzernweiten Cash-Poolings bei der Lhoist Corporate Finance Ltd. in Irland gutgeschrieben bzw. belastet. Somit war im abgelaufenen Jahr die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft jederzeit gewährleistet.

III.3. Vermögenslage

Insgesamt stieg die Bilanzsumme der Rheinkalk GmbH gegenüber dem Vorjahr um + 33,1 % bzw. Mio. EUR 475,0 auf Mio. EUR 1.911,0.

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen stieg der Nettobuchwert im Geschäftsjahr 2023 insgesamt um Mio. EUR + 7,8. Davon entfielen auf Investitionen Mio. EUR + 27,2 und auf Abschreibungen des Geschäftsjahres Mio. EUR - 19,4.

Das Vorratsvermögen erhöhte sich um insgesamt Mio. EUR + 48,6. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen verringerten sich um Mio. EUR - 14,7. Bis einschließlich März 2024 war das Zahlungsverhalten speziell unserer Hauptkunden gegenüber den letzten Jahren unverändert stabil.

Die Veränderungen bei den Forderungen gegen verbundene Unternehmen und den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen stammen im Wesentlichen aus konzerninternen Finanzierungsvorgängen, aus Ergebnisübernahmen sowie aus Verbindlichkeiten aus dem Gewinnabführungsvertrag mit der Rheinkalk Holding GmbH.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten enthält überwiegend vorausbezahlte Betriebspachtentgelte für die Werke Hönnetal und Dornap. Er verringerte sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt um Mio. EUR - 6,5.

Das Stammkapital in Höhe von Mio. EUR 55,0 sowie die Rücklagen in Höhe von Mio. EUR 503,2 haben sich zum Vorjahr nicht verändert. Aufgrund der höheren Bilanzsumme ist der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme mit 29,2 % zum Vorjahr (38,9 %) gesunken.

Die Bewertung der Pensionsrückstellungen (Anstieg um Mio. EUR + 0,2 gegenüber dem Vorjahr) erfolgte nach der Anwartschaftsbarwertmethode. Die gesamten Rückstellungen erhöhten sich um Mio. EUR + 55,0 auf Mio. EUR 326,8. Hauptsächlich ist diese Entwicklung auf um Mio. EUR + 37,2 höhere Rückstellungen für CO₂-Kosten zurückzuführen. Hier besteht die Verpflichtung zur Rückgabe der verbrauchten CO₂-Zertifikate im jeweiligen Folgejahr. Weiterhin wurde eine Rückstellung für künftige Steuerverpflichtungen in Höhe von Mio. EUR 10,4 gebildet.

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen weisen auf Basis der stichtagsbedingten Betrachtungsweise einen um Mio. EUR - 9,8 geringeren Bestand auf.

Zudem hat die Rheinkalk GmbH im Jahr 2021 ein Darlehen über Mio. EUR 120,0 bei einer deutschen Bank aufgenommen, um die Gesamtfinanzierung der deutschen Rheinkalk Gruppe zu optimieren. Ein Swap-Geschäft führt dazu, dass über die Laufzeit von 5 Jahren im Rahmen einer Bewertungseinheit ein jährlicher Festzins vereinbart werden konnte. Unter Berücksichtigung unserer Tilgungsleistung zum 31. Dezember 2023 hat sich diese Verbindlichkeit auf Mio. EUR 72,0 verringert.

IV. Abschließende Lagebeurteilung

Aus Sicht der Geschäftsführung hat sich die Lage der Rheinkalk Gruppe aufgrund der positiven Entwicklung im Umsatzbereich - getrieben durch eine veränderte Preisstrategie mit klarem Fokus auf Profitabilität – signifikant verbessert. Insbesondere im Hinblick auf die Volatilität und Unsicherheit auf den Beschaffungsmärkten und den signifikant gestiegenen Kosten für Energie und CO₂ Emissionen hat die Rheinkalk Gruppe gezeigt, dass ihr Geschäftsmodell auch unter herausfordernden Bedingungen robust ist.

Momentan zeigen sich unsere Absätze 2024 im Vergleich zu 2023 zwar stabil, allerdings stehen unsere Absatzmärkte ungebrochen vor großen Herausforderungen. Es gilt fortlaufend aus der Vergangenheit zu lernen und stets wachsam zu bleiben, selbst wenn sich die Rahmenbedingungen zu stabilisieren scheinen. So sind die geopolitischen Risiken immer noch hoch und schwer abschätzbar. Eine durchaus realistische Ausweitung des Ost-Westkonflikts könnte zu neuen Turbulenzen auf den Absatz- und Beschaffungsmärkten führen. Auch werden die immer noch spürbaren Auswirkungen der Energiekrise sowie der Inflation und der gestiegenen Finanzierungskosten unsere Absatzmärkte weiter negativ beeinflussen.

Um die sich aus der volatilen Lage ergebenden Risiken entsprechend handhabbar zu machen, werden wir, auf eine Kombination aus lang- und kurzfristigen Vertriebsverträgen setzen. Längerfristige Absatzverträge mit den Großkunden werden wir weitgehend absichern (z.B. simultaner Einkauf der Energien) und auf der Kostenseite die etablierte Ausgabendisziplin der vergangenen Jahre fortführen. Bei kleineren und mittelgroßen Kunden setzen wir auf kurze Verträge, um eine kurzfristige Anpassung von Preisen und Mengen zu ermöglichen.

IV.1. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Rheinkalk Gruppe steuert ihre Geschäftstätigkeit anhand von verschiedenen, wertorientierten Kennzahlen. Neben Umsatz (Indikator für Wachstum) kommt dem EBITDA (Indikator für operative Effizienz) besondere Bedeutung zu.

Arbeits- und Gesundheitsschutz haben bei der Rheinkalk GmbH einen sehr hohen Stellenwert. In den letzten Jahren wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, um eine deutliche Reduzierung von Arbeitsunfällen und bei Abwesenheitskennzahlen zu erreichen. Die Entwicklung der Sicherheitskultur zielt dabei auf die Verwirklichung der Vision „Go For Zero“ ab.

Programme zur Verbesserung der Umweltstandards wurden kontinuierlich fortgeführt. Schwerpunkte lagen im Bereich des Explosionsschutzes und der Reduzierung diffuser Staubemissionen. Wir fokussieren uns auf die weitere Minimierung unseres Einflusses auf Umwelt und Klima.

IV.2. Risikomanagement

Das Risikomanagement ist als kontinuierlicher Vorgang in unsere betrieblichen Abläufe integriert, um Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren und zu klassifizieren. Ein effizientes internes Controlling- und Informationssystem stellt sicher, dass die für die Rheinkalk GmbH relevanten Risiken regelmäßig erfasst, bewertet, vorausschauend gesteuert und überwacht werden. In einem konzernweit einheitlichen Berichtswesen werden monatlich alle für die Unternehmen der Rheinkalk Gruppe relevanten Geschäftsvorfälle auch an die Konzernmutter kommuniziert. Wesentlicher Bestandteil der Risikosteuerung ist der regelmäßige Planungsprozess, das umfangreiche Reporting sowie die darauf aufbauenden Analysen und Ableitungen von Gegensteuerungsmaßnahmen.

Der rollierende Planungsprozess setzt sich durch die Komponenten strategische Planung, operative Planung und Forecasting zusammen, welche ineinandergreifend bzw. aufeinander aufbauend erfolgen.

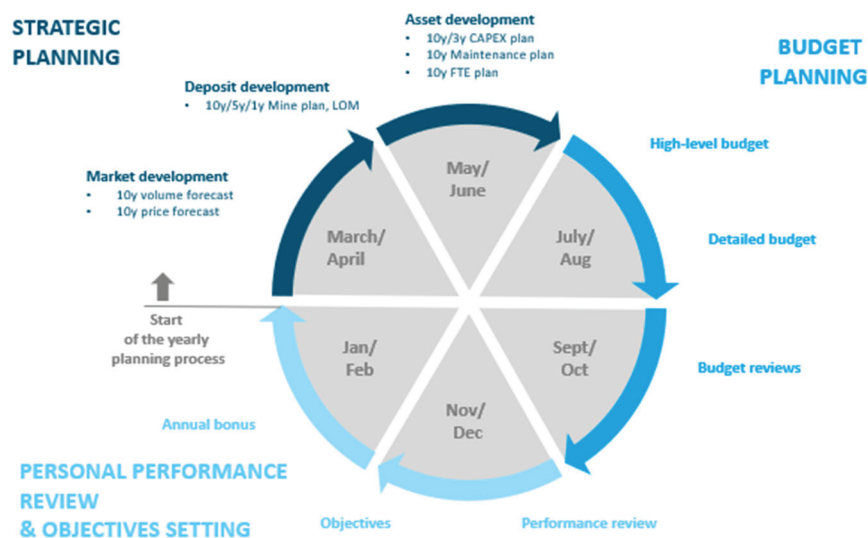


Schaubild: Rollierender Planungsprozess Rheinkalk GmbH

Die strategische Planung bzw. Zielsetzung des Managements stellt die Grundlage unserer Planungsszenarien dar und wird genutzt, um strategische Handlungsempfehlungen abzuleiten. Hier werden neben der Marktentwicklung auch unsere Lagerstätten- und Anlageentwicklungen entsprechend berücksichtigt. Insbesondere stetig steigende Herausforderungen bei den politischen Rahmenbedingungen (z.B. CO₂-Regulierungen) spielen in dem strategischen Planungsprozess eine wichtige Rolle. Entsprechende Annahmen und Ziele bilden den Grundstein unserer operativen Planung (jährlichen Budgetplanung). Nach erfolgter Überprüfung der Planungsannahmen werden diese in das Leistungssystem integriert und deren Umsetzung regelmäßig überprüft, so dass bei Abweichungen entsprechend reagiert werden kann.

Im Rahmen des Controllings werden monatlich die Ist-Größen den Ziel- und Vorjahresgrößen gegenübergestellt und Abweichungen analysiert, um gegebenenfalls sofort steuernd einzugreifen. Da sich Veränderungen im wirtschaftlichen wie ordnungspolitischen Umfeld, wie den Beschaffungs- und Absatzmärkten aber auch im regulatorischen Rahmen (z.B. Gas- und Strompreisbremsen) in Häufigkeit

und Intensität verstärkt haben, wurde der kontinuierliche Planungs- und Steuerungsprozess um ein weiteres Element ergänzt. Dieses ermöglicht kurzfristige Simulationen, wie zum Beispiel Prognosen zu Energiemengen und -preisentwicklung, sowie die nachgelagerte individuelle Profitabilitätsbeurteilung verschiedener Kunden(-segmente). Dieses für den jährlichen Planungsprozess entwickelte Controllinginstrument wurde und wird nun vermehrt auch für kurzfristige Analysen (monats- und quartalsweise) eingesetzt, um die Profitabilität der Gesellschaft nicht nur im Rückblick, sondern auch nach vorne simuliert auf Grundlage einer fundierten Datenlage einschätzen und entsprechende Steuerungsmaßnahmen ergreifen zu können. Grundsätzlich werden Risiken anhand ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und der möglichen Schadenshöhe bewertet. Sämtliche außerhalb des regelmäßigen Berichtszeitraums auftretende Risiken werden unmittelbar an die zuständigen Gremien berichtet und entsprechende Maßnahmen eingeleitet.

IV.3. Planung & zukünftige Entwicklung

IV.3.1. Strategie

Als eines der führenden Unternehmen der Kalkindustrie in Deutschland sind wir in allen Tätigkeitsfeldern der Nachhaltigkeit verpflichtet.



Die an uns gestellten Anforderungen steigen ständig. Wir ergreifen Maßnahmen, um diesen Anforderungen gerecht zu werden. Wir suchen kontinuierlich neue Anwendungen für unsere Produkte, um unseren Kunden innovative Lösungen zu bieten. Die Einführung neuer Produkte und Dienstleistung gilt hier als Garant zur Wachstumssteigerung. Wir wollen unsere Stellung als Marktführer weiter ausbauen. Durch die Einführung neuer Preismodelle soll die Profitabilität der Gesellschaft gesteigert werden. Dabei steht die Pflege von langfristigen Kundenbeziehungen im Vordergrund. Durch eine verlässliche Verfügbarkeit und stabile Qualität unserer Produkte, Dienstleistungen und Prozesse, die wir durch eine koordinierte Exzellenzinitiative sowohl im Vertrieb als auch in den operativen Bereichen weiter optimieren werden, wollen wir die Kundenzufriedenheit und somit die Kundenbindung als Grundvoraussetzung für unseren wirtschaftlichen Erfolg erhöhen.

Als Rheinkalk GmbH streben wir eine langfristige Sicherung unserer Rohstoffvorkommen an, planen darüber hinaus eine strukturelle Verbesserung der Kostenstruktur und wollen sowohl die Produktions- als auch die Energieeffizienz messbar optimieren.

Darüber hinaus legen wir hohen Wert auf Nachhaltigkeit. Die Definition einer umfangreichen Nachhaltigkeitsstrategie – speziell zum Thema CO₂-Emissionen - ist hier genauso entscheidend wie die Weiterentwicklung zukunftsorientierter Organisationsstrukturen und der Ausbau des Angebotsportfolios für zum Teil individualisierte Aus- und Weiterbildung, Training und (Re-) Qualifikation.

Die Anstrengungen im Bereich Arbeitssicherheit werden weiter verstärkt. Unverhandelbares Ziel bleibt, die Sicherheitskultur so zu entwickeln, dass die Vision „Go For Zero“ möglich wird.

IV.3.2. Ausblick

Aufgrund des erfolgreichen Umgangs mit den Krisen der letzten Jahre (Pandemie, Energiekrise, Ukraine Krieg) und im Einklang mit unseren strategischen Stoßrichtungen wurde in der operativen Planung (Budget) für das Geschäftsjahr 2024 bei der Rheinkalk GmbH mit steigenden Umsatzerlösen (+ 6,5 %) kalkuliert. Im Ergebnis führt dies zu einem EBITDA-Anstieg um Mio. EUR + 11,4 auf Mio. EUR 188,4 (geplant nach IFRS). Analog wurde mit einem um Mio. EUR + 22,1 höheren Ergebnis vor Ertragsteuern geplant.

Verglichen mit dem Budget 2024 entwickelt sich die aktuelle Geschäftslage besser als geplant. Die Ergebnisse der Monate Januar und Februar des laufenden Jahres lagen sowohl über Plan als auch über Vorjahresniveau. Maßgebliche Einflussfaktoren dafür sind höhere Erlöse bei gleichzeitig niedrigeren als erwarteten Energiekosten. Dieser Trend scheint sich – gemäß internen und externen Prognosen – auch für die Folgemonate fortzusetzen. Bei den sonstigen Produktions- und Verwaltungskosten liegt die Tendenz derzeit leicht über Budgetniveau. Sollte es zu keiner drastischen Verschlechterung der aktuellen geopolitischen Rahmenbedingungen kommen, lässt sich das geplante Jahresergebnis 2024 mit hoher Wahrscheinlichkeit übererfüllen. Eine aktualisierte Planung (Forecast) wird im April erarbeitet.

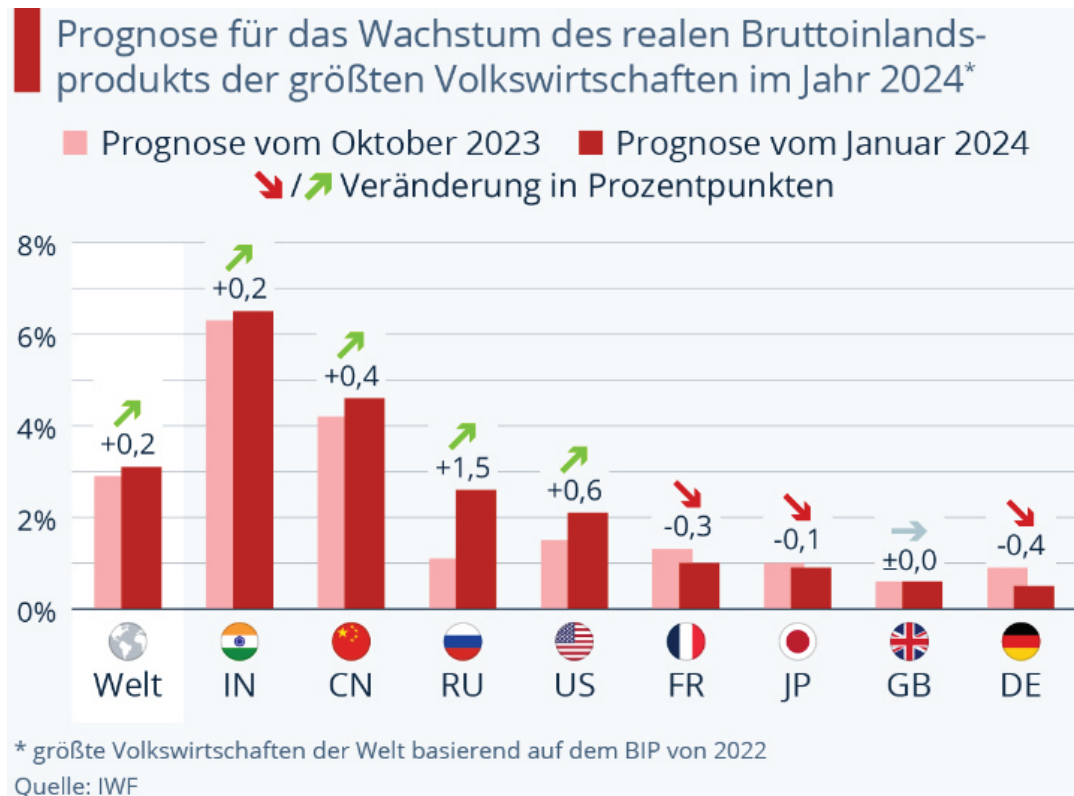
Mittelfristig soll die Profitabilität der Gesellschaft mindestens gehalten werden. Neben der Fortsetzung unserer Preisstrategie wird zukünftig insbesondere die Weiterentwicklung der Organisationsstruktur sowie die Optimierung des industriellen Produktionsnetzwerkes verbunden mit einer Verbesserung des Brennstoffeinsatzes Haupttreiber der positiven Profitabilitätsentwicklung werden.

IV.3.3. Chancen & Risiken

Das wirtschaftliche und soziale Umfeld, in dem sich unsere Gesellschaft aktuell bewegt, ist nach wie vor dynamisch. Nachdem die vergangenen Jahre durch die Folgen der Pandemie und des Ukraine-Kriegs bestimmt waren, sind die aktuellen Rahmenbedingungen weiterhin durch hohe Unsicherheit geprägt. Diese ist im Wesentlichen durch die politischen Unwägbarkeiten gekennzeichnet. Neben dem andauernden Krieg in der Ukraine verbunden mit progressiven Sanktionen gegenüber Russland, beobachten wir mit großer Aufmerksamkeit die zunehmenden politischen Spannungen zwischen der Volksrepublik China und USA („Taiwan-Konflikt“), die Entwicklung des im Oktober aufgeflammtten Gaza Krieges sowie die zum Ende des Jahres anstehende US-Präsidentschaftswahl. Auch wenn sich die Inflation im Vergleich zum Vorjahr bedeutend abgeschwächt hat, liegt sie fortan über dem von der EZB mittelfristig angestrebten Ziel von 2 %. Daher sind die weiteren Maßnahmen der EZB und deren Wirksamkeit zur weiteren Absenkung bzw. Stabilisierung der Inflation und die Auswirkungen auf unser Geschäftsmodell laufend kritisch zu beurteilen.

Trotz aller Unwägbarkeiten hat der IWF bereits signalisiert, seine bisherige Prognose für das globale Wirtschaftswachstum von + 2,9 % (Oktober) für das laufende Jahr auf + 3,1 % leicht zu erhöhen.

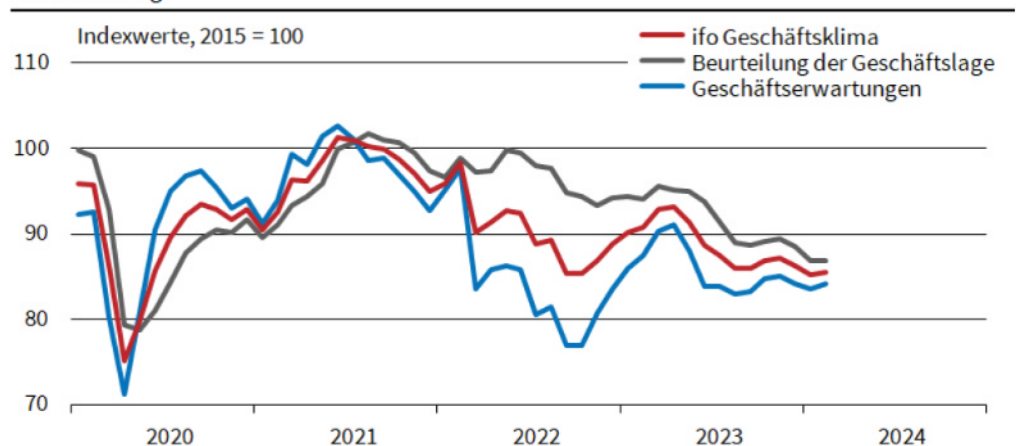
Für Deutschland allerdings korrigierte der IWF seine Konjunkturprognose zuletzt um 0,4 % nach unten (aktuell nur noch + 0,5 % prognostiziert). Mit dieser Prognose liegt Deutschland im Kreise der G7-Staaten weiterhin auf dem letzten Platz. Dabei setzen der insgesamt schwache Welthandel und die hohen Energiekosten Deutschland als Exportnation verhältnismäßig schwerer zu als bspw. China und USA. Für letztgenannte wurde die im Oktober 2023 veröffentlichte IWF Prognose im Januar 2024 um + 0,4 % bzw. + 0,6 % nach oben angehoben.



Auch wenn der ifo Geschäftsklimaindex zuletzt einen leichten Anstieg von 85,7 auf 87,8 Punkte verzeichnete, bleiben die Erwartungen der deutschen Unternehmen weiterhin verhalten. So war der Auftragsbestand im verarbeitenden Gewerbe beispielsweise nach wie vor rückläufig. Auch im Baugewerbe sind die Aussichten nach dem historischen Tief im Vormonat fortan düster.

ifo Geschäftsklima Deutschland^a

Saisonbereinigt



^a Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Februar 2024.

© ifo Institut

In diesem zuvor skizzierten gesamtwirtschaftlichen Umfeld werden Risiken momentan in einem Anstieg der Insolvenzfälle insbesondere auch im Zusammenhang mit deutlich gestiegenen Energiekosten, weiter anhaltend hoher Inflation und erheblich steigenden Finanzierungskosten mit einhergehenden Finanzierungsproblemen gesehen.

Auch wenn sich die Verfügbarkeit auf der Beschaffungsseite momentan erheblich verbessert hat, stellen wiederaufflammende Lieferengpässen im Zusammenhang mit den geopolitischen Rahmenbedingungen ein weiteres Risiko für die Zukunft dar.

Auf der Absatzseite sieht die Gesellschaft ein generelles Risiko in der mittelfristigen Entwicklung der Stahlindustrie in Deutschland und Europa. Darüber hinaus ist mit einem weiteren Rückgang der Nachfrage im Bereich Umwelt (Rauchgasreinigung) aufgrund des Strukturwandels hin zu erneuerbaren Energien und der Nutzung von Wasserstoff als Brennstoff absehbar. Um die gesetzlich verankerten nationalen Klimaziele noch erreichen zu können, könnte in diesem Bereich mittel- bis langfristig der Strukturwandel noch weiter forciert werden. Auch für die Baustoffindustrie rechnen wir aufgrund der gestiegenen Kosten für die Bauträger erst mittelfristig mit einer leichten Erholung.

Insgesamt ist die Kalkindustrie in Deutschland und Europa von Überkapazitäten geprägt, was einen starken Wettbewerb zur Folge hat. Die Rheinkalk GmbH als Teil der Lhoist Germany zeichnet sich durch eine beständig hohe Produktqualität und starke Liefersicherheit im Wettbewerbsumfeld aus. Dies hat sich insbesondere in den zurückliegenden Jahren bei unseren Kunden als relevanter Wettbewerbsvorteil herausgestellt. Dennoch könnten wieder ansteigende Energiepreise und insbesondere die Kosten für CO₂-Zertifikate zukünftig einen negativen Einfluss auf das Ergebnis der Rheinkalk GmbH haben. Deshalb liegt der Fokus weiterhin darauf, die Energiekosten und die CO₂-Intensität zu senken bzw. das Risiko mittels entsprechend ausgestalteter Verträge auf unsere Kunden zu übertragen.

Bei der Beschaffung von Energie – einem wesentlichen Kostenfaktor – wurde durch eine angepasste und langfristige Hedging-Strategie das Risiko kurz- und mittelfristiger Schwankungen merklich reduziert. Darüber hinaus verstärken wir in zunehmendem Maße das entsprechende Risikomanagement durch Adaption unserer Lieferkonditionen in allen längerfristig laufenden Kundenverträgen.

Aus unseren Geschäftsbeziehungen mit Kunden können sich Kreditrisiken ergeben. Unser Risikomanagement zielt darauf ab, diese in einem angemessenen Rahmen zu halten. Bisher konnten wir keine bedeutenden negativen Auswirkungen im Zahlungsverhalten unserer Kunden erkennen. Bis einschließlich März 2024 war das Zahlungsverhalten speziell unserer Hauptkunden gegenüber den letzten Jahren unverändert stabil.

Nach Überprüfung der Risikolage zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 lagen keine Risiken vor, die den Fortbestand der Rheinkalk GmbH gefährden. Auch für die Zukunft sind keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar.

Insgesamt sehen wir mittelfristig Chancen durch den Ausbau bestehender Kundenbeziehungen und die Akquisition neuer Kunden sowie der Entwicklung neuer Produkte und andauernder Produktivitätssteigerungen.

Neuinvestition und Instandhaltungen werden im Sinne der Profitabilitätssicherung laufend kritisch beurteilt. Mittelfristige Effizienzprogramme, die für die kommenden Jahre geplant wurden, werden analysiert und eine frühzeitige Implementierung geprüft.

Aufgrund vergangener und laufend eingeleiteter Prozessoptimierungen und Effizienzsteigerungen verbunden mit kontinuierlichem Fokus auf unsere Preisstrategie sollte die Rheinkalk GmbH ihre Ertragslage kurz- bis mittelfristig festigen und ggf. sogar steigern können.

IV.3.4. Erklärung zur Unternehmensführung

Der Aufsichtsrat sowie auch die Gesellschafterversammlung der Rheinkalk GmbH haben Geschlechterquoten definiert.

Zum Stichtag liegt die Ist-Quote innerhalb des Aufsichtsrats unterhalb der Zielquote, die der Geschäftsleitung über der Zielquote.

Die Zielquote der Geschäftsleitung wurde aufgrund der Tatsache, dass diese durch eine Person besetzt ist, entsprechend mit Null definiert.

Bei der Aufteilung der Führungsverantwortlichen liegen die weiblichen Führungskräfte bei 1/3 und somit ebenfalls über der definierten Zielquote.

Im Vergleich hierzu liegt der Durchschnitt weiblicher Führungskräfte in Deutschland bei 28,9%.

	Zielquote	Ist Quote
Aufsichtsrat	30,0 %	14,28 %
Geschäftsleitung	0,0 %	100,00 %
Führungskräfte	30,0 %	33,33 %

Wülfrath, den 31.03.2024

- Die Geschäftsführung -

DocuSigned by:

837789481F3E43B...
Alexia Spieler

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

DokID:

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsaufbereitungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.